

L4 Unsere Generation gegen den Rechtsruck – Antifaschismus organisieren

Gremium: Landesvorstand GJ NRW

Beschlussdatum: 31.03.2026

Tagesordnungspunkt: 2 Aktuelle politische Lage

Antragstext

Unsere Generation gegen den Rechtsruck – Antifaschismus organisieren

Der Rechtsruck ist längst keine Randerscheinung mehr. Rechte Ideologien gewinnen an Einfluss – in Parlamenten, auf der Straße und im Internet. Autoritäre Bewegungen treten immer organisierter auf, verbreiten Hass und greifen die Grundlagen einer offenen Gesellschaft an. Rechte Parteien verschieben Debatten nach rechts, während sich extrem rechte Netzwerke weiter radikalisierten und Gewalt zunehmend normalisiert wird.

Das passiert nicht zufällig. Es ist Ausdruck politischer und sozialer Krisen, die rechte Kräfte gezielt ausnutzen.

Für viele Menschen ist das keine abstrakte Entwicklung. Es ist Realität. Rassistische Angriffe, antisemitische Verschwörungserzählungen, queerfeindliche Gewalt und antifeministische Kampagnen gehören für viele zum Alltag.

Besonders betroffen sind diejenigen, die von rechten Ideologien bewusst zu Feindbildern gemacht werden: migrantische Menschen, Jüdinnen und Juden, Musliminnen, Sinti und Roma, queere Menschen und FLINTA*-Personen. Ihre Rechte werden angegriffen, ihre Sicherheit infrage gestellt, ihre Existenz offen bekämpft.

Wenn Menschen auf offener Straße angegriffen werden, wenn es zu rassistischen Anschlägen kommt oder antifeministische Kampagnen gegen Selbstbestimmung mobilisieren, dann zeigt sich:

Faschismus ist keine Vergangenheit. Er ist eine reale Bedrohung im Hier und Jetzt.

Für uns als Grüne Jugend Nordrhein-Westfalen ist deshalb klar: Antifaschismus

ist kein Nebenthema. Er ist Grundlage unserer Politik.

Rechte Ideologien entstehen nicht im luftleeren Raum

Rechte Bewegungen entstehen nicht unabhängig von gesellschaftlichen Verhältnissen. Sie profitieren von Krisen, Unsicherheit und wachsender Ungleichheit.

Steigende Mieten, unsichere Jobs, ein ungerechtes Bildungssystem und fehlende Perspektiven führen bei vielen Menschen zu Frust. Rechte Akteure greifen genau das auf und lenken diese Wut gezielt in eine andere Richtung.

Statt die echten Ursachen zu benennen, arbeiten sie mit einfachen Feindbildern. Sie machen migrantische Menschen verantwortlich für soziale Probleme, greifen queere Menschen und FLINTA*-Personen an und versuchen, patriarchale Strukturen zu stabilisieren. Sie instrumentalisieren Ängste, um autoritäre Politik durchzusetzen und demokratische Rechte einzuschränken.

Rechte Ideologien verschieben Konflikte nach unten – weg von Macht- und Verteilungsfragen, hin zu Angriffen auf Minderheiten.

Dem stellen wir uns klar entgegen.

Gerade junge Menschen erleben aktuell viel Unsicherheit: steigende Lebenshaltungskosten, ein Bildungssystem mit ungleichen Chancen und Zukunftsängste durch Klimakrise, Kriege und soziale Ungleichheit. Rechte Kräfte nutzen das aus und liefern scheinbar einfache Antworten.

Für uns ist klar:

Der Kampf gegen den Rechtsruck ist auch eine soziale Frage.

Wir wollen junge Menschen in ihrer Lebensrealität erreichen, ihre Sorgen ernst nehmen und zeigen, dass solidarische Politik konkrete Verbesserungen schafft. Gute Sozialpolitik ist kein „Extra“, sondern zentral im Kampf gegen rechts.

Antifaschismus heißt, Strukturen zu verändern

Antifaschismus bedeutet für uns mehr als nur, rechte Parteien abzulehnen. Es geht darum, die Strukturen zu verändern, die rechte Ideologien überhaupt erst möglich machen.

Rassismus, patriarchale Machtverhältnisse und soziale Ungleichheit sind der

Nährboden für autoritäre Politik. Wer Faschismus bekämpfen will, muss auch diese Strukturen angreifen.

Deshalb ist unser Antifaschismus immer auch feministisch, antirassistisch und sozial.

Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der alle Menschen sicher leben können – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Identität oder Religion. Eine Gesellschaft, in der migrantische Perspektiven gehört werden, in der queere Menschen frei leben können und in der FLINTA*-Personen nicht länger benachteiligt werden.

Antifaschismus heißt für uns auch, solidarische Strukturen aufzubauen und Betroffene rechter Gewalt zu unterstützen.

Antifaschismus beginnt vor Ort

Rechte Ideologien entstehen nicht nur in großen politischen Debatten. Sie zeigen sich im Alltag – in Schulen, in sozialen Medien, auf der Straße oder in lokalen Strukturen.

Deshalb beginnt antifaschistischer Widerstand genau dort.

Als Grüne Jugend NRW organisieren wir antifaschistische Arbeit vor Ort. Wir machen Bildungsarbeit, sprechen junge Menschen an und stärken sie darin, sich einzumischen. Wir unterstützen Initiativen, gehen auf Demonstrationen und arbeiten in Bündnissen mit.

Antifaschismus heißt für uns, zu widersprechen, aufzuklären und solidarische Netzwerke aufzubauen.

Rechte Bewegungen sind längst international vernetzt. Sie tauschen Strategien aus, unterstützen sich gegenseitig und nutzen digitale Räume gezielt.

Deshalb muss auch unser Antifaschismus international gedacht sein.

Demokratische Antworten stärken

Der Kampf gegen den Rechtsruck gelingt nur, wenn es überzeugende soziale Antworten gibt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass solidarische Politik wieder stärker in den Mittelpunkt rückt.

Auch unsere eigene Partei steht hier in der Verantwortung, konkrete

Verbesserungen im Alltag der Menschen sichtbar zu machen.

Die Wahlerfolge der extremen Rechten zeigen, wie ernst die Lage ist. Die AfD gewinnt an Einfluss – auch in Nordrhein-Westfalen. Das macht deutlich: Antifaschismus und Sozialpolitik gehören zusammen.

Unsere Forderungen

Verlässliche Finanzierung antifaschistischer Infrastruktur
Beratungsstellen, Initiativen und zivilgesellschaftliche Projekte im Kampf gegen rechts brauchen eine dauerhafte und planbare Finanzierung. Kurzfristige Projektförderung reicht nicht aus – antifaschistische Arbeit muss langfristig abgesichert werden.

Ausbau von Beratungsstellen – besonders im ländlichen Raum
Betroffene rechter, rassistischer und queerfeindlicher Gewalt müssen überall Unterstützung finden können. Gerade in ländlichen Regionen fehlen oft Angebote – deshalb müssen mobile Beratungsstrukturen gezielt ausgebaut werden.

Bessere Erfassung rechter Gewalt
Rechte, queerfeindliche und antifeministische Straftaten werden häufig nicht ausreichend erkannt oder dokumentiert. Wir brauchen eine konsequente und differenzierte Erfassung, um das tatsächliche Ausmaß sichtbar zu machen und gezielt handeln zu können.

Konsequentes Vorgehen gegen rechte Netzwerke
Rechte Strukturen müssen entschlossen aufgedeckt und bekämpft werden – auch dort, wo sie sich innerhalb staatlicher Institutionen befinden. Dazu gehören konsequente Ermittlungen, Entwaffnung und klare politische Maßnahmen.

Stärkung politischer Bildung an Schulen und Hochschulen
Politische Bildung ist ein zentraler Baustein im Kampf gegen Rechtsextremismus. Sie muss verbindlich und umfassend in Schulen, Berufsschulen und Hochschulen verankert werden, um demokratische Werte zu stärken.

Bezahlbarer Wohnraum und bessere Ausbildungsbedingungen
Soziale Sicherheit ist ein wichtiger Teil antifaschistischer Politik.
Bezahlbares Wohnen, faire Ausbildungsbedingungen und gute Perspektiven nehmen rechten Narrativen den Nährboden.

Konkreter Schutz für queere Menschen und FLINTA-Personen*
Queerfeindliche und antifeministische Gewalt nimmt zu. Deshalb braucht es landesweite Aktionspläne, den Ausbau von Schutzräumen und Beratungsangeboten sowie verbindliche Schutzkonzepte in öffentlichen Einrichtungen.

119 **Junge Menschen erreichen**

120 Rechte Akteure versuchen gezielt, junge Menschen anzusprechen – besonders über
121 soziale Medien.

122 Dem setzen wir eine klare, solidarische und progressive Ansprache entgegen.

123 Besonders wichtig ist uns dabei die Ansprache von Auszubildenden, die in
124 politischen Debatten oft zu wenig vorkommen. Ihre Lebensrealität muss stärker
125 berücksichtigt werden.

126 Für uns gilt immer und überall:
127 Mit extrem rechten Akteuren gibt es keine Zusammenarbeit.

128 **Widerstand organisieren**

129 Demokratie verteidigt sich nicht von selbst. Sie braucht Menschen, die aktiv
130 werden.

131 Wir verstehen uns als Teil einer Generation, die den Rechtsruck nicht hinnimmt.
132 Wir wollen Widerstand organisieren – solidarisch, entschlossen und langfristig.

133 Antifaschismus ist für uns nicht nur eine Haltung, sondern eine Praxis.

134 Wir kämpfen für eine Gesellschaft ohne Angst, ohne Ausgrenzung und ohne
135 Faschismus.